

3861
Bericht und Antrag
des Regierungsrates an den Kantonsrat
über die Bewilligung
von Nachtragskreditbegehren
für das Jahr 2001, I. Serie
(vom 16. Mai 2001)

Gestützt auf § 29 des Finanzhaushaltsgesetzes und § 63 Abs. 2 der Verordnung über die Finanzverwaltung vom 10. März 1982 legt der Regierungsrat dem Kantonsrat das Verzeichnis der für das Jahr 2001 erforderlichen Nachtragskredite I. Serie vor und ersucht ihn um Bewilligung der nachfolgenden Mehrausgaben.

11 Rechtspflege

1100 Obergericht und angegliederte Gerichte (Globalbudget)

Aufwand Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 47'623'600

Nachtragskredit Fr. 60'000

1

Die im Sommer 1997 vorgenommene Sparmassnahme betreffend Herabsetzung der Neueinreibungen der juristischen Sekretäre am Obergericht ist angesichts der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr aufrecht zu erhalten. Sie ist ab 1. Juli 2001 rückgängig zu machen als eine von verschiedenen Massnahmen, um die Stellen des juristischen Mittelbaus wieder attraktiver zu machen und auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu werden.

1102	Bezirksgerichte (Globalbudget)		
	Aufwand Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 117'825'700</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 464'000</i>	2
	Begründung wie Pos. 1		
20	Regierungsrat und Staatskanzlei		
2000	Regierungsrat und Staatskanzlei (Globalbudget)		
	Aufwand Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 16'382'466</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 175'000</i>	3
	Zwei zusätzliche Stellen für juristische Sekretäre (Sekretärinnen) für die Rekursabteilung der Staatskanzlei ab 1. Juli 2001 zur Bewältigung der grossen Geschäftslast.		
22	Direktion der Justiz und des Innern		
2223	Statistische Versorgung und Dienstleistungen (Globalbudget)		
	Saldo Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 5'244'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 410'000</i>	4
	Aufbau und Weiterführung eines vom Bund anerkannten Gebäude- und Wohnungsregisters des Kantons Zürich in Zusammenarbeit mit dem GIS-Zentrum der Baudirektion. Das Projekt wurde vom Regierungsrat am 9. Januar 2001 bewilligt. Der Kostenanteil des Statistischen Amtes für die Leistungen des geographischen Informationszentrums beträgt 2001 Fr. 340'000. Die Personalkosten für die Koordination der Datenbeschaffung von den Gemeinden werden mit Fr. 70'000 veranschlagt. Die Beträge sind im Voranschlag nicht eingestellt.		
2234	Kulturförderung (Globalbudget)		
	Saldo Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 69'140'400</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 1'365'500</i>	5
	Der Kantonsrat bewilligte am 5. Juni 2000 der Opernhaus Zürich AG einen Rahmenkredit von Fr. 351'588'000 und am 21. August 2000 der Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich einen Rahmenkredit von Fr. 7'800'000 für die Spielzeiten 2000/01 bis 2005/06 und ermächtigte den Regierungsrat zur Freigabe der		

einzelnen Objektkredite. Beide Kulturinstitute ersuchten Anfang 2001 auf Grund der Subventionsverträge um den Ausgleich der Teuerung 2000 per 1. Januar 2001. Die Teuerungszulage für das ständig beschäftigte Personal berechnet sich nach Massgabe des dem kantonalen Personal gewährten Teuerungsausgleichs. Die Teuerungszulage auf den Gagen und Honoraren des nicht ständig beschäftigten Personals sowie auf den Sachkosten berechnet sich nach Massgabe der gemäss dem Zürcher Lebenskostenindex eingetretenen Teuerung auf Grund der letzten abgeschlossenen Jahresrechnung. Die Gewährung des Teuerungsausgleichs kostet insgesamt Fr. 1'365'500 (Opernhaus Fr. 1'304'100; Genossenschaft Theater Fr. 61'400).

2241	Kantonale Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen	
3010	Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals	
	<i>Voranschlag Fr. 138'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 85'000</i>
	Besoldung einer zusätzlichen Stelle für die Bearbeitung und Begleitung von Integrationsprojekten der Kantonalen Arbeitsgemeinschaft für Ausländerfragen (KAAZ) im Kanton Zürich, die vom Bund ebenfalls finanziell unterstützt werden.	6
3620	Betriebsbeiträge an Gemeinden	
	<i>Voranschlag Fr. 0</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 350'000</i>
	Staatsbeitrag an die KAAZ für die Umsetzung von Integrationsprojekten, die vom Bund gemäss Verordnung vom 13. September 2000 ebenfalls finanziell unterstützt werden.	7
3640	Betriebsbeiträge an gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	
	<i>Voranschlag Fr. 0</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 100'000</i>
	Staatsbeitrag an die KAAZ für die Umsetzung von Integrationsprojekten, die vom Bund gemäss Verordnung vom 13. September 2000 ebenfalls finanziell unterstützt werden.	8
3650	Betriebsbeiträge an private Institutionen und Unternehmungen	
	<i>Voranschlag Fr. 0</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 50'000</i>
	Staatsbeitrag an die KAAZ für die Umsetzung von Integrationsprojekten, die vom Bund gemäss Verordnung vom 13. September 2000 ebenfalls finanziell unterstützt werden.	9

23	Direktion für Soziales und Sicherheit		
2302	Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus		
3620	Beiträge an Gemeinden		
	<i>Voranschlag Fr. 700'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 50'000</i>	10
	Zunahme der Behandlungsaufwendungen der öffentlich-rechtlichen Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich; Anpassung an das Rechnungsergebnis 2000.		
3650	Beiträge an private Institutionen		
	<i>Voranschlag Fr. 1'400'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 150'000</i>	11
	Zunahme der Behandlungsaufwendungen der privatrechtlich organisierten Alkoholberatungsstellen im Kanton Zürich; Anpassung an das Rechnungsergebnis 2000.		
2330	Kantonales Sozialamt (Globalbudget)		
	Saldo Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 727'826'600</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 6'046'000</i>	12
	Laut Abrechnung der Zentralen Ausgleichsstelle des Bundes vom 20. März 2001 für das Rechnungsjahr 2000 und den Voranschlag 2001 fehlen für die Anteile des Kantons an den Bundesausgaben für landwirtschaftliche Familienzulagen sowie an Sozialversicherungen AHV/IV rund 6 Mio. Franken.		
	Ausgaben Investitionsrechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 9'200'000</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 3'670'000</i>	13
	Vorfinanzierung der Rückzahlung an das Bundesamt für Flüchtlinge für Kollektivunterkünfte in den Gemeinden.		
25	Finanzdirektion		
2550	Personalamt (Globalbudget)		
	Aufwand Laufende Rechnung		
	<i>Voranschlag Fr. 12'889'564</i>	<i>Nachtragskredit Fr. 200'000</i>	14
	Auf Grund der Urteile des Verwaltungsgerichts sind an die Angehörigen der klagenden Berufsgruppen Lohnnachzahlungen zu leisten. Die Gesundheitsdirektion beantragt die entsprechenden Nachtragskredite. Bereits jetzt zeichnet sich indessen ab, dass für die Berechnung der Nachzahlungen an		

mehrere Tausend Empfängerinnen und Empfänger und für die gesamte administrative Abwicklung der Nachzahlungen Aufträge an geeignete Dritte erteilt oder vorübergehend Temporärarbeitskräfte beschäftigt werden müssen.

2599

Verrechnete Zinsen, Abschreibungen

3010

Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Voranschlag Fr. 0

Nachtragskredit Fr. 12'200'000

15

Der Regierungsrat beschloss am 5. Dezember 2000, dass dem Personal auf den 1. Januar 2001 kein Stufenanstieg gewährt werden soll, um den gesetzlich vorgeschriebenen mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung nicht zu gefährden. Er stellte jedoch einen Stufenanstieg auf 1. Juli 2001 in Aussicht, wenn dies ein günstiger Rechnungsabschluss 2000 und das Ergebnis der Beratung des Voranschlags erlaubten. Die Laufende Rechnung 2000 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 342 Mio. Franken ab. Die Situation für das laufende Jahr sieht wegen der Nachzahlungen im Spitalbereich in Folge der Urteile des Verwaltungsgerichts vom 22. Januar 2001 über die Lohnklagen nicht gut aus. Auf Grund der einmaligen rückwirkenden Zahlungen von ungefähr 280 Mio. Franken sowie der Folgekosten von ungefähr 70 Mio. Franken pro Jahr (einschliesslich Subventionen) muss in der Laufenden Rechnung 2001 aus heutiger Sicht mit einem Aufwandüberschuss in der Grössenordnung von 200 Mio. Franken gerechnet werden. Aus diesen Gründen soll anstelle der Stufenanstiege auf den 1. Juli 2001 und den 1. Juli 2002 lediglich ein Stufenanstieg, jedoch bereits auf den 1. Oktober 2001 erfolgen. Dadurch wird die Laufende Rechnung 2001 mit 0,45% der Grundlohnsumme, d. h. mit 12,2 Mio. Franken belastet, die im Voranschlag nicht eingestellt sind.

Gesundheitsdirektion

Diverse Amtsstellen (s. Tabelle)

Diverse Konten bzw. Globalbudgets der Laufenden Rechnung (s. Tabelle)

Voranschlag (s. Tabelle)

Nachtragskredit Fr. 35'193'800

16

Am 15. November 2000 hatte der Regierungsrat die Finanzdirektion und die Gesundheitsdirektion beauftragt, die Einreihung der Pflegeberufe, der medizinisch-therapeutischen und medizinisch-technischen Berufe zu überprüfen und – ausgehend von einer Einreihung der Diplomierten Krankenschwester mit Diplomniveau 1 in Klasse 13 und mit Diplomniveau 2 in Klasse 14 – die Funktionsketten über die Klassen 12 bis 24 neu zu erarbeiten, die Richtpositionsumschreibungen neu zu definieren, die Einzelheiten der Überführung festzulegen und dem Regierungsrat die entsprechenden Anträge zu unterbreiten (RRB Nr. 1773/2000). In der Folge wurden zwei Arbeitsgruppen unter Einbezug der Spitäler und der Berufsverbände eingesetzt. Mit Urteil vom 22. Januar 2001 stellte das Verwaltungsgericht für alle Berufsgruppen, welche im Jahre 1996 Klage eingereicht hatten (Krankenschwestern, Stationsschwestern, Lehrerinnen für Spitalberufe, Physiotherapeutinnen und Ergotherapeutinnen), eine diskriminierende Einreihung im Rahmen der 1991 abgeschlossenen strukturellen Besoldungsrevision fest und ordnete zur Umsetzung des Gleichstellungsgrundsatz von Art. 8 BV im Wesentlichen an, diese Berufsgruppen seien mindestens um eine Klasse, in Ausnahmefällen um zwei Klassen anzuheben. Ausgehend von diesen Eckwerten haben die beiden Arbeitsgruppen Anträge für die neue Festlegung der entsprechenden Funktionsketten ausgearbeitet und die Richtpositionsumschreibungen auf Grund der seit 1991 eingetretenen Entwicklung neu vorgenommen und die Grundsätze der Überführungen festgelegt. Der Regierungsrat hat diesen Anträgen am 16. Mai 2001 mit Wirkung auf den 1. Juli 2001 entsprochen. Die entsprechenden Neueinreihungen und Überführungen sind von den kantonalen Betrieben für jede einzelne Stelle nachvollzogen worden.

Amt-Nr.	Amt	Konto Lauf. RG	VA 2001 Fr.	Nachtragskredit Fr.
2700	Generalsekretariat	3620	121'831'000	4'703'000
		3640	76'983'000	6'547'000
		3650	22'996'000	1'839'000
2710	Kantonsapotheke	3010	6'308'000	17'000
		3030	394'000	1'200
		3040	461'000	2'200
		3050	33'000	900
2721	Universitätsspital (Globalbudget)	Saldo	208'222'839	10'745'000
2722	Kantonsspital Winterthur (Globalbudget)	Saldo	69'306'489	3'452'000
2730	Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (Globalbudget)	Saldo	46'604'373	1'700'000
2732	Patientinnen und Patienten in nichtstaatlichen psych. Kliniken	3180	75'211'000	2'500'000
2733	Psych. Klinik Rheinau	3010	36'548'000	1'072'000
		3030	2'360'000	70'000
		3040	2'286'000	82'000
2734	Krankenheim Wülflingen	3010	21'020'000	805'000
		3030	1'378'000	53'000
		3040	1'190'000	48'500
		3050	117'000	5'000
2735	Psychiatriezentrum Hard (Globalbudget)	Saldo	19'349'160	877'000
2736	Klinik Sonnenbühl, Brütten	3010	2'118'000	21'000
2737	Kinderpsychiatrischer Dienst	3010	14'521'000	156'000
		3030	992'000	10'000
		3040	1'178'000	11'000
		3050	84'000	1'000
2740	Schulen im Gesundheitswesen (Globalbudget)	Saldo	63'321'000	475'000
Total	Nachtragskredit			35'193'800

2711 Kantonales Laboratorium

5037 Erneuerungsunterhalt der nicht realisierbaren
Liegenschaften

Voranschlag Fr. 150'000

Nachtragskredit Fr. 150'000 17

Die Brandmeldeanlage ist nicht mehr voll funktionstüchtig und muss deshalb ersetzt werden. Im Voranschlag 2001 sind Fr.150'000 für den Ersatz der Teilnehmervermittlungsanlage eingestellt. Weil die beiden Projekte dringend notwendig sind und technische Zusammenhänge aufweisen (Alarmierung) und deshalb in enger Abstimmung projektiert werden müssen, ist ein Nachtragskredit von Fr.150'000 erforderlich, der auf Kto. 2721.5037 kompensiert wird.

- 2734 Krankenhaus Wülflingen**
- 5037 Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des
Verwaltungsvermögens
Voranschlag Fr. 2'150'000 Nachtragskredit Fr. 3'500'000 18
- Für die Erstellung eines Bettenprovisoriums der Integrierten Psychiatrie Winterthur (IPW) ist im Voranschlag ein Betrag von Fr. 1'000'000 eingestellt. Da das Bauvorhaben aus konzeptionellen Gründen innert Jahresfrist abgeschlossen sein muss, ist mit einem zusätzlichen Finanzbedarf von Fr. 3'500'000 zu rechnen. Die Mehrausgaben werden durch gleich hohe Minderausgaben auf dem entsprechenden Konto der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich kompensiert.
- 2737 Kinderpsychiatrischer Dienst**
- 5037 Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften des
Verwaltungsvermögens
Voranschlag Fr. 0 Nachtragskredit Fr. 180'000 19
- Im Voranschlag sind in der Laufenden Rechnung für den Ersatz der Kohleheizung in der Kinderstation Brüschtal Fr. 100'000 auf dem Konto 3141, Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens, eingestellt. Bei der Detailplanung im Dezember 2000 ergaben sich Mehraufwendungen aus baulichen und technischen Gründen von Fr. 80'000. Die Mehrausgaben in der Investitionsrechnung von Fr. 180'000 werden mit einem Minderaufwand von Fr. 100'000 in der Laufenden Rechnung beim Unterhalt der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens teilweise kompensiert.
- 2750 Veterinäramt**
- 3010 Gehälter des Verwaltungs- und Betriebspersonals
Voranschlag Fr. 1'437'000 Nachtragskredit Fr. 126'000 20
- Seit dem Frühjahr 2000 sind fünf parlamentarische Vorstösse zum Thema gefährliche Hunde eingegangen. Eine kantonsinterne, direktionsübergreifende Arbeitsgruppe erarbeitete verschiedene Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in der Bevölkerung. Als mittelfristige Massnahme und Vorbereitung zur Revision des Hundegesetzes ist nun vorgesehen, eine standardisierte Datenerhebung zur Hundepopulation im Kanton Zürich durchzuführen. Dabei bildet die Analyse der als auffällig gemeldeten Hunde einen Schwerpunkt der Auswertung. Das

Veterinäramt ist kapazitätsmässig nicht in der Lage, den zusätzlich entstandenen Arbeitsaufwand zu bewältigen. Der Stellenplan des Veterinäramtes wurde daher, befristet vom 1. März 2001 bis Februar 2003, um eine Stelle ergänzt.

3188

Kurse, Prüfungen und Beratungen

*Voranschlag Fr. 46'000**Nachtragskredit Fr. 30'000*

21

Seit dem Frühjahr 2000 sind fünf parlamentarische Vorstösse zum Thema gefährliche Hunde eingegangen. Eine kantonsinterne, direktionsübergreifende Arbeitsgruppe erarbeitete verschiedene Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in der Bevölkerung. Die Weiterbildung der Bezirkstierärztinnen und Bezirkstierärzte als Experten zur Beurteilung auffälliger Hunde ist ein dringendes Anliegen. Im Voranschlag sind solche Kurse nicht vorgesehen, da nicht das Veterinäramt für den Vollzug des Hundegesetzes zuständig ist, sondern die Gemeinden und die Direktion der Justiz und des Innern.

29**Bildungsdirektion****2920****Volksschulamt**

3620.700

Betriebsbeiträge an Gemeinden für Sonderschulung und -erziehung und den schulpsychologischen Dienst

*Voranschlag Fr. 29'400'000**Nachtragskredit Fr. 380'000*

22

Die Zahl der zugewanderten Flüchtlingskinder war weitaus höher als bei der Erstellung des Voranschlags geschätzt. Im Schuljahr 1999/2000 wurden über 1600 Kinder von Asylsuchenden im Kanton geschult, davon rund 1000 aus Kosovo. Im Vorjahr waren es insgesamt 970 Kinder. Der Staatsbeitrag an die Kosten der Gemeinden von Januar bis Juli 2000 wird 2001 ausbezahlt. Einige besondere albanisch-deutsche Klassen, insbesondere der Stadt Zürich, konnten 2000 nicht abgerechnet werden.

8 Baudirektion

8300 Raumordnung und Vermessung (Globalbudget)

Ausgaben Investitionsrechnung

Voranschlag Fr. 5'750'000 Nachtragskredit Fr. 1'085'000 23

Am 9. Januar 2001 bewilligte der Regierungsrat für das Projekt "Gebäude- und Wohnungsregister des Kantons Zürich" (GWR-ZH) einen Objektkredit von Fr. 1'385'000. Für die Ausgaben 2001 wurden im Voranschlag Fr. 300'000 eingestellt. Das Projekt wird seit dem 10. Januar 2001 durchgeführt und soll in diesem Jahr beendet werden. Verträge mit den Lieferantenfirmen wurden bis zum Betrag von Fr. 300'000 abgeschlossen. Für den restlichen Betrag von Fr. 1'085'000 ist ein Nachtragskredit erforderlich.

8600 Zentrale Dienstleistungen (Globalbudget)

Saldo Laufende Rechnung

Voranschlag Fr. 10'250'182 Nachtragskredit Fr. 300'000 24

Im Rahmen einer Umstrukturierung wurde der Aufgabenbereich KEF/Controlling Baudirektion per 1. Juli 2000 vom Generalsekretariat dem Dienstleistungszentrum (DLZ) übertragen. Die Integration dieses Aufgabenbereiches in das DLZ sowie Strukturüberlegungen im Zusammenhang mit dem Aufbau der Kosten-/Leistungsrechnung bewogen die Direktion, die bisherige Abteilung Finanz- und Rechnungswesen in ein Kompetenzzentrum Finanzen und Controlling umzubauen. Zur Bewältigung der in diesem Zusammenhang erforderlichen personellen Wechsel auf Stufe Abteilungs- und Sektorleitung sowie für notwendige Sondereinsätze wurde ein Manager auf Zeit eingesetzt. Dessen Einsatz war ursprünglich bis Mitte 2001 befristet. Nachdem trotz intensiver Personalsuche die Funktion des Abteilungsleiters Finanzen und Controlling nicht besetzt werden konnte, muss das Management auf Zeit voraussichtlich bis Ende 2001 verlängert werden. Der Einsatz des Managers auf Zeit ist vertraglich mit einer normalen Beschäftigung pro Tag geregelt. Die Verrechnung jedoch berücksichtigt die tatsächlich geleistete Zeit. Da neben der Leitung der Abteilung Finanzen und Controlling auch Entwicklungstätigkeiten in den Bereichen SAP R/3 Schnittstellen (PALAS), Kosten-/Leistungsrechnung, Reporting u. a. anfallen, sind die geleisteten Arbeitszeiten höher

als die normale Beschäftigung. Die daraus entstehenden Zusatzkosten sind im Voranschlag 2001 nicht enthalten. Das DLZ kann durch das Zurückstellen von Projekten einen Teil dieser Zusatzkosten innerhalb des Globalbudgets auffangen.

91 Beamtenversicherungskasse des Kantons Zürich

9100.10 Beamtenversicherungskasse, Administration

3909 Übriger Verwaltungsaufwand

Voranschlag Fr. 3'632'500 Nachtragskredit Fr. 1'285'000 25

Im Zeitpunkt der Erarbeitung des Voranschlags 2001 bestanden noch keinerlei Anhaltspunkte dafür, wie hoch der Aufwand für das Projekt "Verselbstständigung der Beamtenversicherungskasse" 2001 sein wird. Es wurde davon ausgegangen, der Hauptaufwand werde 2002 anfallen. Das Projekt schreitet jedoch unerwartet rasch voran, so dass der Hauptaufwand schon in diesem Jahr anfallen wird.

**Zusammenstellung
der Nachtragskreditbegehren
I. Serie
für das Jahr 2001**

	Nr.	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.	Zusammen Fr.	
	—	—	—	—	
11	Rechtspflege	1 – 2	524'000	524'000	
20	Regierungsrat und Staatskanzlei	3	175'000	175'000	
22	Direktion der Justiz und des Innern	4 – 9	2'360'500	2'360'500	
23	Direktion für Soziales und Sicherheit	10 – 13	6'246'000	3'670'000	9'916'000
25	Finanzdirektion	14 – 15	12'400'000	12'400'000	
27	Gesundheitsdirektion	16 – 21	35'349'800	3'830'000	39'179'800
29	Bildungsdirektion	22	380'000	380'000	
8	Baudirektion	23 – 24	300'000	1'085'000	1'385'000
91	Beamtenversicherungskasse	25	1'285'000	1'285'000	
			59'020'300	8'585'000	67'605'300
			=====	=====	=====

Zürich, den 16. Mai 2001

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Notter

Der Staatsschreiber:

Husi